

Nr.: 412/2022

■ Dezernat	I - Finanzen, Zentrales Management & Bildung	02.11.2022
■ Fachbereich	Planung & Bau	
■ Verfasser/-in	Maier, Rainer	
■ Telefon	07621 410-1320	

Beratungsfolge	Status	Datum
Verwaltungsausschuss	öffentlich	16.11.2022
Kreistag	öffentlich	23.11.2022

Tagesordnungspunkt

Anstieg der Stromtarife und Energiekosten für Wärme (siehe Variantenpapier, Teil II, Nr. 11 bis 13)

Beschlussvorschlag

Aufgrund der zu erwartenden höheren Energiepreise werden die Haushaltsansätze wie vorgeschlagen erhöht.

Bezug zum Haushalt

Teilhaushalt 1 Finanzen & Zentrales Management

Produktgruppe 11.24 Gebäudemanagement

Produkt(e)

Wirkungsziel /
beabsichtigte Wirkung
(Was soll erreicht werden?)

Leistungsziel /
angestrebtes Ergebnis
(Was müssen wir dafür tun?)

Zielerreichungskriterium Text
(Indikator, Kennzahl, Leistungsmenge):

<input checked="" type="checkbox"/> Klimawirkung:	<input type="checkbox"/> positiv	<input type="checkbox"/> neutral	<input type="checkbox"/> negativ	<input checked="" type="checkbox"/> keine
<input checked="" type="checkbox"/> Personelle Auswirkungen:	<input checked="" type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja, ggf. Erläuterung		
<input checked="" type="checkbox"/> Finanzielle Auswirkungen:	<input type="checkbox"/> nein	<input checked="" type="checkbox"/> ja,		
<input type="checkbox"/> im Ergebnishaushalt	Aufwand	Ertrag	einmalig in	wiederkehrend
	1.033.700 €	€		1.033.700
<input type="checkbox"/> im Finanzhaushalt	Investitions- kosten brutto	Zuschüsse u. ä.	Investitions- kosten LK netto	zeitliche Umsetzung
	€	€	€	

Mittelbereitstellung - in EUR -

ErgebnisHH		Zeilen-Nr.	2020	2021	2022	2023	ab 2024
Bedarf	Erträge						
	Personalaufwand						
	Sachaufwand					1.033.700	1.033.700
	Kalk. Aufwand						
Plan	Erträge						
	Personalaufwand						
	Sachaufwand					1.033.700	1.033.700
	Kalk. Aufwand						
FinanzHH investiv		Zeilen-Nr.	2020	2021	2022	2023	ab 2024
Bedarf	Einzahlung						
	Auszahlung						
Plan	Einzahlung						
	Auszahlung						

Deckungsvorschlag (wenn Mittelbedarf größer als Plan)

Begründung

■ Sachverhalt

Wie allgemein bekannt ist, sind die Preise aller Energiearten seit Februar 2022 erheblich angestiegen. Die aktuellen Energielieferverträge laufen am 31. Dezember 2022 aus. Erst Ende Dezember wird bekannt sein, zu welchen Konditionen der Landkreis im Jahr 2023 Energie beziehen kann.

Aktuell lässt sich nicht seriös vorhersehen, wie sich die Energiepreise künftig entwickeln werden. Sicher ist nur, dass trotz erheblicher Einsparungsbemühungen, was die verbrauchte Menge an Energie anbelangt, die Kosten für die Energie erheblich ansteigen werden.

Die im Haushaltsentwurf 2023 enthaltenen Energie-Haushaltsansätze sind vor dem Hintergrund folgender Annahmen eingestellt worden:

Bereich Stromkosten:

Der Haushaltsansatz 2022 liegt bei 399.500 € (ohne Gemeinschaftsunterkünfte für Flüchtlinge, da diese Kosten vom Land in der angefallenen Höhe im Rahmen der sogenannten Spitzabrechnung erstattet werden). Der Haushaltsansatz für 2023 liegt 537.000 Euro höher, also bei 936.500 Euro. Dies entspricht etwa dem Faktor 2,34. Sofern es gelingt, den Verbrauch um ca. 20 % zu verringern, würde der Faktor 2,34 knapp einer **Verdreifachung des Strompreises pro Mengeneinheit** entsprechen (80 % der bisherigen Menge – also $0,8 \cdot 3 = 2,4$).

Bereich Gaskosten:

Die Kosten für Wärme (Gas, Pellets, Fernwärme) sind ungefähr verdoppelt worden (von 377.900 € um 378.800 € auf 756.700 €), was ca. dem Faktor 2 entspricht. **Sofern auch hier eine 20-prozentige Einsparung der Menge gelingen sollte**, würde das (erhöhte) Budget eine **Verweikommafünffachung des Preises pro Mengeneinheit** bedeuten. Anzumerken ist dabei, dass die Preissteigerungen der Energiearten Gas, Pellets und Fernwärme unterschiedlich stark ausgeprägt sind. Bei vorgenannten Zahlen handelt es sich um eine Mischkalkulation.

Bereich Mietnebenkosten:

Vorgenanntes bezog sich auf Immobilien im Eigentum des Landkreises. Für die Position der Mietnebenkosten sind geringere Steigerungen eingeplant worden, da einige Immobilien im Laufe des Jahres 2023 aufgegeben werden.

Fazit:

Die eingepreisten Kostensteigerungen sind nach Ansicht der Verwaltung optimistisch gerechnet. Es könnte gut sein, dass die Kosten in der Realität stärker steigen werden und die Ansätze daher nicht ausreichen werden, zumal noch unklar ist, ob und wie von der geplanten Strom- bzw. Gaspreisbremse auch öffentliche Institutionen profitieren werden.

Marion Dammann
Landrätin

Alexander Willi
Dezernent
